WP-01-K1-611-3

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Nicolai Krybus (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 610 bis 616:
und Forschungsinfrastruktur sowie in die nationale Sicherheit haben für uns dabei Priorität. ~~Klar ist auch: Bei sogenannten konsumtiven Ausgaben bleibt es bei den derzeit strikten Regeln. Das bedeutet zum Beispiel: Die energetische Sanierung des Schulgebäudes kann kreditfinanziert werden, das Gehalt des Lehrpersonals muss aus dem regulären Etat kommen. So hinterlassen wir der jungen Generation keine unnötigen Schulden und vermeiden zugleich versteckte Schulden. Denn auch~~ Denn unterlassene Investitionen sind eine Bürde für die junge Generation.

Begründung

Hier gibt es so viel zu sagen...

1) Wortwahl: wieso "strikte" Regeln? Waren vorher alle unverantwortlich? Sind Leute, denen Geld für Lehrpersonal wichtiger ist als eine willkürliche Schuldenbremse unverantwortlich? Sehr schwache Wortwahl m.M.n., das geht so nicht.

2) Definition konsumptive Ausgaben: das ist eine Debatte, die es seit über 30 Jahren gibt und wo mir keine abschließende ökonomisch sinnvolle Definition bekannt ist. Die haushalterische Definition beruht auf politischen Entscheidungen. Das wird auch an dem hier gewählten Beispiel deutlich, denn das klassische Beispiel, dass bemüht wurde um die Kritik des BVerfG an der Goldenen Regel zu illustrieren, war eben genau, dass ein **neues** Schuldgebäude eine Investition war, während die **Sanierung** eines bestehenden als konsumptive Ausgabe betrachtet wurde (scheinbar sind wir hier jetzt schon einen Schritt weiter, denn wir bezeichnen das jetzt als Investition?). Dass dann wiederum ungefragt ausgeschlossen wird Lehrpersonal (ist das eigentlich synonym für alle anderen laufenden Kosten, die eine Schule so hat? Regelmäßig neue Comuter anschaffen z.B.?) über vorhandene Steuereinnahmen hinaus zu finanzieren ist wiederum unlogisch, da in diversen Studien (z.B. kürzlich des DIWs) gezeigt werden konnte, dasss sich **jegliche** Bildungsinvestitionen um das vierfache rentieren. Diese Abgrenzung zwischen Sanierung und sonstigen laufenden Kosten der Schule sind doch niemandem vermittelbar (und darum der Begriff der konsuptiven Ausgaben einfach komplett zu vermeiden).

3) Das alte Argument "der Staat kann nur ausgeben, was er eingenommen hat": das Argument, dass der Staat seine laufenden Kosten aus den Steuereinnahmen bezahlen muss, ist eine Fantasieregel. Genau genommen kommt sie noch aus dem Mittelalter, als Könige fremde Länder plündern mussten um mit dem erbeuteten Gold ihre Soldaten zu bezahlen. Heute sind wir nicht mehr auf eine Deckung durch Edelmetalle angewiesen - unsere Staaten refinanzieren sich aus dem Vertrauen in den Fortbestand liberaler Demokratien (ich will hier nicht weiter ins Detail gehen) an der Zentralbank. Dass wir heute in Finanzierungsschwierigkeiten kommen, liegt hauptsächlich an der sich selbst gestellten Regel, dass eben Haushalt = Steuereinnahmen + 0,35% gewählt wurde,

was **nicht** ökonomisch begründet ist sondern politisch (schwäbische Hausfrau und so). Des weiteren ist es auch nicht so, als ob in 50 Jahren die USA, China oder Aliens kommen und unsere Schulden abbezahlt haben wollen - so funktioniert ein Staat einfach nicht mehr. Das Wort "Schulden" ist da schon eher missverständlich.

4) Selbst wenn man das trotzdem glaubt: es ist doch wirklich nicht smart, dass wenn man mit großen so Ambitionen für die Menschen in unserem Land in einen Wahlkampf geht, wie Bündnis 90/ Die Grünen es glücklicherweise tut, sich selber derartig zu Kreuze trägt und in vorauseilendem Gehorsam die finanzielle Grundlage für sein eigenes Programm untergräbt. Man begibt sich in eine Logik, in der der Deutschlandfond leicht schlecht geredet werden kann. In der Investitionen, die sich erst in 30, 40 Jahren rentieren werden, aber trotzdem notwendig sind, schlecht geredet werden können. In der immer, wenn jemand mal eine neue, gute Idee hat, jemand kommen kann und sagt "dafür ist kein Geld da". Also muss man sich schon entscheiden: will man große Veränderungen **ohne** soziale Verwerfungen? Dann muss **neues Geld** her. Oder möchte man eine Politik, die nur den Status quo hält, obwohl wir alle wissen, wo uns das hingeführt hat?

Raus mit dem Satz.

weitere Antragsteller*innen

Jonas Hallekamp (KV Münster); Annika Tiessen (KV Münster); Ilka Sander-Maas (KV Münster); Miriam Adomeit (KV Münster); Michael Rehder (KV Münster); Dominic Brauner (KV Münster); Alexander Gerwing (KV Münster); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg); Malte Lohmann (KV Hannover); Jürgen Blümer (KV Warendorf); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Holger Wenner (KV Warendorf); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Philipp Sean Giesinger (KV Karlsruhe); Tobias Stieb (KV Münster); Anne Kathrin Herbermann (KV Münster); Stefan Riese (KV Münster); Dominik Schmitz (KV Münster); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.